



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Braun, Friedrich Edler von: Deutschlands wirtschaftliche Zukunft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft

Von Friedrich Edler von Braun, Vorsitzendem des Reichswirtschaftsrats, M. d. R.



Die Lage unseres Volkes — und gerade die besten — sind von tiefem Pessimismus erfüllt und verzweifeln an der Möglichkeit eines Wiederaufbaus. Ist das berechtigt? Gewiß, wenn man sich die Lage der deutschen Volkswirtschaft in voller Deutlichkeit klarzumachen versucht, was leider die wenigsten tun, scheint eine Lösung fast unmöglich. Das Bild, das der Reichsfinanzminister vor kurzem über den Reichshaushalt gegeben hat, spricht mit seinen harten Zahlen eine deutliche Sprache, obwohl auch hier eine Verschleierung versucht wird, die dem Gesundungsprozeß nur schädlich sein kann. Schon die Gruppierung der Ausgaben in ordentliches und außerordentliches Budget dient mehr dem Zweck der Ermöglichung eines Gleichgewichts als einer systematischen Trennung der Ausgaben in dauernde und einmalige. Aber selbst beim ordentlichen Budget ist der Ausgleich nur dadurch erzielt, daß Steuererträge eingesetzt wurden, die auch dann sicher nicht eingegangen wären, wenn nicht neben der Steuerflucht der Kriegsgewinnler auch noch durch die Steuerabotage der Arbeiter beim Lohnabzug jede Aussicht geschwunden wäre, auf dem Weg der direkten Besteuerung Erfolge zu erzielen. Es fehlt also nicht nur für die Ausgaben des außerordentlichen Stats mit 25 bis 28 Milliarden Mark jede Deckung, sondern es ist auch nicht damit zu rechnen, daß der Bedarf des ordentlichen Budgets von 28 Milliarden Mark durch Einnahmen voll gedeckt werde. Dazu kommt das ständige Anwachsen der schwebenden Schuld, die jetzt schon 124 Milliarden beträgt, neben 91 Milliarden fundierter Schulden, ohne daß sich irgendein Weg zeigt, dieser Entwicklung Einhalt zu tun, geschweige in absehbarer Zeit zu einer Abzahlung zu kommen.

Schlimmer noch als diese Geldnot des Reiches ist die Lage der deutschen Volkswirtschaft in ihren Beziehungen zum Ausland. Eine Abschließung gegenüber der Weltwirtschaft ist für uns nicht möglich, weil Deutschland in seinen jetzigen Grenzen und in der zerstörten Verfassung seiner Wirtschaft das Ziel der Autarkie, das vor dem Kriege bei höchster Vervollkommenung unserer Erzeugung erreichbar gewesen wäre, gar nicht ins Auge fassen kann. Wir werden also für absehbare Zeit auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Deckung des eigenen Bedarfs angewiesen sein, ohne die Möglichkeit, durch die Ausfuhr eigener Bodenschätze und industrieller Erzeugnisse im gleichen Wertverhältnis einen Ausgleich zu schaffen. Diese Lage ist bis jetzt noch nicht so in die Erscheinung getreten — weil wir bisher noch die Möglichkeit hatten, Kohlen in erheblichem Umfang und zu hohen Preisen an das neutrale Ausland zu liefern und weil infolge des abnorm schlechten Standes unserer Valuta in der ersten Hälfte des Jahres industrielle Erzeugnisse und inländische Werte unter Hintansetzung des eigenen Bedarfs in großer Menge an ausländische Käufer übergegangen sind, weil wir mit anderen Worten von dem Kapital des Volksvermögens selbst gelebt haben. Durch das Abkommen von Spa ist die Ausfuhr von Kohlen in das neutrale Ausland fast unmöglich gemacht. Wir müssen Kohlen im Werte von etwa 24 Milliarden Mark für das Jahr an die Entente liefern, ohne dafür einen

Gegenwert zu erhalten; denn die Lieferungen dienen nur der Abtragung unserer Wiedergutmachungsschuld und die in Aussicht gestellten Vorschüsse sind neue Schulden, die Deutschland kontrahiert. Das gefährlichste aber ist, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und Italien eine Stilllegung eines großen Teils der deutschen Industrie im Gefolge haben werden, die sich jetzt schon in immer schärferer Form bemerkbar macht, und damit eine weitere Schwächung unserer Ausfuhr.

Das ist in kurzen Strichen das Bild der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Zur Vervollständigung fehlt nur, was in Genf Deutschland an weiteren Leistungen für die Wiedergutmachung auferlegt werden soll.

Sieht man die Sache so an, so bietet sich allerdings kein Ausblick für einen Wiederaufbau, sondern der endgültige Niederbruch scheint unvermeidlich. Aber ich halte diese Betrachtungsweise nicht für richtig. Man kann derartig neue, in der Weltgeschichte ohne Beispiel dastehende Verhältnisse nicht mit dem Rechenstift meistern und muß sich vor Augen halten, daß solche Zeiten der Not auch neue Kräfte und Möglichkeiten wachrufen, die uns noch nicht erkennbar sind. Wenn man uns im Juli 1914 gesagt hätte, daß Deutschland 4 Jahre lang unter völliger Abschnürung vom Weltmarkt gegen die größte Koalition, die die Geschichte kennt, Krieg führen müsse, so würden alle Sachverständigen das für unmöglich erklärt haben. Und doch haben wir über 4 Jahre siegreich unsere Grenzen behauptet, wenn auch unter unmenschlichen, niemals für möglich gehaltenen Anstrengungen und Entbehrungen. Es sind also hier Möglichkeiten entdeckt und nutzbar gemacht worden, die niemand in Rechnung gestellt hatte.

Aber die Voraussetzung für die Überwindung solcher Notlagen ist die klare Erkenntnis der Situation und die zielbewußte Zusammenfassung und Einsetzung aller Kräfte zu ihrer Überwindung.

Und daran hat es bisher vollkommen gefehlt. Was wir bisher getrieben haben, läßt sich beim besten Willen nicht anders als mit Fortwurschteln bezeichnen. Daß es so nicht weiter gehen kann, daß wir auf diesem Weg immer tiefer in den Sumpf geraten müssen, sieht zwar jedermann ein. Aber die notwendige Schlussfolgerung daraus, daß wir einen anderen Weg wählen müssen, ist bis jetzt nicht gezogen worden. Was wir vor allem brauchen, ist volle rücksichtslose Offenheit und Klarheit, nicht das Vertuschen und Verkleistern, das Quacksalbern mit kleinen Mitteln, die man anwendet, um den Patienten nicht zu sehr zu erschrecken. Zu dieser rücksichtslosen, harten Offenheit hat sich noch niemand aufgerafft. Jeder Staatsmann und Politiker, jede Partei fragt immer zuerst ängstlich, ob das Eingeständnis der wahren Sachlage nicht seiner Stellung und den Interessen der Partei schaden könne, und dann werden so lange Zugeständnisse und Kompromisse gegen die Wahrheit gemacht, bis sie völlig verzerrt und entstellt ist.

Diese Art des Politikspielens konnte man sich allenfalls in der Vorkriegszeit leisten — sie ist zwar auch damals schon schuld an unserem Unglück gewesen — aber heute, wo es wirklich um Sein oder Nichtsein für Deutschland geht, muß man solche Mätzchen lassen.

Wenn man sich die eingangs geschilderte Sachlage unbefangen vorstellt, kann man gar nicht anders, als eingestehen, daß wir bankrott sind, und im vertrauten Gespräch macht auch niemand ein Gehl daraus. Aber die Regierung

und der Reichstag dürfen beileibe nichts davon sagen und vor allem nicht danach handeln. Es werden weiter Etats aufgestellt und bewilligt, als ob alles in schönster Ordnung wäre, es werden Milliardensummen für neue Bedürfnisse, für neue Ämter und Stellen mit einer Freigebigkeit ausgeworfen, als ob wir in Geld schwämmen, und die Mittel beschafft man durch neue Schulden und neues Papiergeld. An Sparen denkt kein Mensch, weil's doch schon gleich ist. Das ist Bankerottwirtschaft im schlimmsten Sinne. Das ist nach bürgerlichem Recht betrügerischer Bankerott. Ein Zusammenbruch kann auch den Ehrlichen schuldlos treffen, aber dann muß er sich danach strecken, wenn er seine Ehre bewahren will, und nur dann ist eine Sanierung möglich.

Das ist freilich ein harter Entschluß, der uns alle schwer treffen wird. Aber jedes Hinausschieben verschlimmert nur das Übel. Und schließlich handelt es sich bei der Politik in diesem Sinne doch nicht um das persönliche Wohlergehen des einzelnen, nicht darum, ob man für seine Handlungen Beifall findet und momentane Erfolge erzielt, sondern um die Frage, wie die Zukunft unseres Volkes gerettet werden kann. Hunderttausende haben während des Krieges willig Leben und Gesundheit geopfert, um das Vaterland vor feindlichem Angriff zu schützen. Und da sollten wir Überlebenden feig zurückstehen, wenn es gilt, Jahre der Entbehrung, der Armut und Einschränkung auf uns zu nehmen, um unserem Volk einen neuen Aufstieg zu ermöglichen?

Das Eingeständnis des Bankerotts unserer Finanz- und Volkswirtschaft bedeutet nicht ohne weiteres die Erklärung des Staatsbankerotts im technischen Sinne. Ob dieser sich wird aufhalten lassen, ist eine andere Frage. Aber es bedeutet, daß man in Staats- und Volkswirtschaft die Folgen daraus zieht, also vor allem in der Staatsverwaltung sich so einrichtet, wie es einem völlig verarmten Volke ziemt. Davor kann uns das Blendwerk der Erzberger'schen Steuergesetzgebung nicht schützen, die Einnahmen vorgaukelt, die im Dauerzustand nie zu erzielen sein würden, auch wenn überall beste Steuerwilligkeit bestände, weil sie durch Vernichtung der Betriebsvermögen die solide Wirtschaft selbst totschlägt und nur das Schiebertum leben läßt.

Man muß also vor allem entschlossen an die Umgestaltung dieser Steuergesetze herangehen, die von Anfang an nichts als ein Bluff waren, um auf dem Papier eine Bilanz herzustellen. In welcher Form ich mir das denke, kann im einzelnen nicht im Rahmen dieser Abhandlung dargelegt werden. Aber um nicht in Verdacht zu kommen, daß es mir nur um die Wahrung kapitalistischer Interessen zu tun sei, will ich gleich hier betonen, daß für meine Bestrebungen niemals das Schicksal des einzelnen, sondern nur die Belange des Volksganzen maßgebend waren.

Aber neben dieser notwendigen Offenheit und Wahrhaftigkeit gegenüber dem eigenen Volk ist die gleiche Haltung auch gegen unsere Feinde notwendig. Ich sage mit Vorbedacht Feinde, weil ich den Vertrag von Versailles niemals als einen Friedensvertrag ansehen kann, sondern nur als ein Dokument der Sklaverei. Unsere Regierungen — und zwar die Fehrenbach'sche ebenso wie die vorhergehenden sozialdemokratischen Kanzlerschaften — können sich nicht genug tun in Beteuerungen, daß sie den Vertrag von Versailles erfüllen wollen. Ich halte das nicht nur für unehrlich, sondern für töricht und würdelos. Der Vertrag

kann nicht erfüllt werden, weil er Unmögliches verlangt. Und selbst das an sich Mögliche könnte nur erreicht werden, wenn man das deutsche Volk in dauernder Schuldnechtschaft hält. Kann eine deutsche Regierung ernsthaft erklären, daß das ihre Absicht ist? Eine Absicht, die sie doch nie verwirklichen könnte, weil sie in dem Moment eben aufhören würde, Regierung zu sein? Nein, man muß endlich mit diesen Fiktionen, die man der Kriegspsychose unserer Gegner zuliebe aufgerichtet hat, Schluß machen.

Man muß in voller Offenheit und Klarheit zum Ausdruck bringen, daß wir diesen Vertrag nicht erfüllen können. Das kann üble Folgen haben, gewiß, ich werde darauf noch kommen. Ich will nur zuerst die innere Notwendigkeit dieser Erklärung begründen.

Wenn ein Vertragsteil erklärt, er wolle seine Vertragspflichten erfüllen, werde es aber sicher nicht können, so bekennt er sich von vornherein als schuldig. Denn Verträge, von denen man schon beim Inkrafttreten weiß, daß man sie nicht erfüllen kann, darf man ehrlicherweise nicht schließen. Wir verschlechtern also unsere rechtliche Lage mit diesen beflissenen Beteuerungen des guten Willens, denn wir anerkennen damit, daß der unerfüllbare Vertrag Deutschland zu Recht bindet. Wer aber die Vorgeschichte und die Entstehung des Vertrages von Versailles unbefangen prüft, weiß, daß er nach den Grundsätzen des Völkerrechts Deutschland nicht verpflichten kann.

Ich will mich dafür statt weiterer Ausführungen nur auf das Zeugnis des Professors J. M. Keynes berufen, mit dem ich in Spa und Brüssel oft verhandelt habe und den ich als einen der wenigen objektiv und wirtschaftlich denkenden Vertreter unserer Feinde kennen gelernt habe.

Er führt in seinem grundlegenden Werk „The economic consequences of the Peace“ mit überzeugender Klarheit aus, daß der Umfang der Verpflichtungen, die Deutschland im Friedensvertrag auferlegt wurden, nicht das Maß dessen hätte übersteigen dürfen, was in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson und in dessen späteren Ansprachen umschrieben ist. Denn auf dieser Grundlage sei die Vereinbarung zwischen Deutschland und den Verbündeten über die Einleitung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen abgeschlossen worden.

„Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Verbündeten“ — so lautet der entscheidende Satz in der deutschen Übersetzung von Bonn und Brinkmann (S. 45ff.), — „die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern.“ Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen solle, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.“

Diesen Grundsätzen widerspricht aber ein großer Teil der Bestimmungen, besonders über die Wiedergutmachung, die die deutsche Regierung durch Drohung mit Waffengewalt gezwungen worden ist, in Versailles zu unterschreiben.

Und diese Drohung mit Gewalt war nicht etwa eine solche, wie sie sich aus dem Rechte der Stärkeren im Völkerrecht ergibt.

Sondern sie war eine qualifizierte widerrechtliche Nötigung, weil sie sich gegen einen Vertragsteil richtete, der sich im Vertrauen auf feierliche Abmachungen wehrlos gemacht hatte.

Wenn man sich das vor Augen hält, wird man es nicht zu hart finden können, wenn ich die fortgesetzten Beteuerungen, man wolle diesen widerrechtlich erzwungenen Vertrag erfüllen, als würdelos bezeichne. Und unehelich sind sie deshalb, weil keine demokratische Regierung Leistungen versprechen kann, die die Mehrheit des Volkes ablehnt. Minister Simons hat kürzlich selbst erklärt, er sei erschüttert über die Unkenntnis, die im Volke noch bezüglich des Vertrages von Versailles herrsche. Wenn die Wahrheit über diese jede Menschenwürde mit Füßen tretenden Bestimmungen erst allgemein bekannt wäre, würde die Ablehnung noch viel entschiedener und lauter sein als jetzt.

Nein, darüber sollte keine deutsche Regierung und kein deutscher Staatsmann einen Zweifel lassen, es ist unmöglich und wird durch keinen Zwang erreicht werden, daß das deutsche Volk mit seinen 60 Millionen Einwohnern auf Menschenalter hinaus einem kulturell, wirtschaftlich und an Volkszahl tiefer stehenden Volke tributpflichtig und unterworfen bleibt.

Und die Überzeugung der Welt von dieser geschichtlichen Unmöglichkeit, die sich mehr und mehr Bahn bricht, darf nicht dadurch irreführt werden, daß die deutsche Regierung immer wieder erklärt, sie wolle diesen Zustand nach Möglichkeit erhalten. Ich bin nicht der Optimist, zu glauben, daß irgendein anderes Volk für Deutschland in diesen Kampf gegen eine unerhörte Vergewaltigung eintritt, dazu ist die feindliche Koalition zu mächtig und zu geschlossen. Aber dem Zwang geschichtlicher Notwendigkeiten wird auch sie auf die Dauer nicht widerstehen können, und wir müssen deshalb alles tun, damit die Erkenntnis davon sich ungestört Bahn bricht.

Wir sind heute wehrloser als am Tage von Versailles, und die Feinde stehen uns, zum Stoße ins Herz bereit, mit dem Dolch in der Hand gegenüber. Man hat uns, gegen alles Völkerrecht und selbst über die Strafbestimmungen des Versailler Vertrages hinaus, in Spa die Besetzung des Ruhrgebietes angedroht, wenn die Bedingungen dieses Abkommens nicht erfüllt werden. Kann eine Regierung in solcher Lage auf ihr Recht pochen? wird man fragen; muß sie sich nicht einfach dem Diktat der Feinde fügen, um das Äußerste abzuwenden?

Gewiß ist es eine Entschließung von furchtbarster Verantwortung, die hier gefaßt werden muß. Aber die Geschicke der Völker spielen sich nicht in Monaten und Jahren, sondern in Jahrhunderten ab, und man darf sich bei solchen Entscheidungen nicht ausschließlich von den Sorgen der nächsten Tage leiten lassen. Unser Wirtschaftsleben bricht zusammen, wenn das Ruhrgebiet besetzt würde, das ist sicher. Aber ebenso sicher ist, daß Deutschland sich nie wieder erheben kann, wenn der Vertrag von Versailles ausgeführt wird.

Und wir knüpfen die Maschen dieses Netzes immer fester und verlieren in den Augen der Welt immer mehr den Anspruch auf Befreiung von den unerträglichen Fesseln, wenn wir durch neue Verträge und Beteuerungen seine Rechtsverbindlichkeit anerkennen.

Wer aus der Geschichte zu lesen versteht, weiß, daß Zeiten schwerster Not und Bedrückung für ein lebenskräftiges, tapferes Volk nicht den Niedergang, sondern Läuterung zu neuem Aufstieg bedeuten. Und so hart es ist, sich solchen Prüfungen bewußt zu unterwerfen, wie viel erträglicher ist es doch, als durch Verzicht auf alle Menschenrechte dauerndem Siechtum entgegenzugehen.

Es dürfen uns deshalb selbst Drohungen und Zwangsmaßnahmen unserer Gegner nicht davon abhalten, immer und immer wieder zu verlangen, daß die den Wilsonpunkten widersprechenden Bestimmungen des Vertrages, der Deutschland mit Gewaltandrohung aufgezwungen worden ist, abgeändert werden, und daß dem deutschen Volke nicht mehr genommen wird, als es bei Fristung seines Lebens leisten kann. Freilich setzt diese Forderung voraus — und damit komme ich auf den Ausgangspunkt zurück —, daß das deutsche Volk auch in der eigenen Wirtschaft die Folgerungen aus der Lage zieht und nicht ein Scheinleben weiterführt, das allem anderen eher als dem Dasein eines Verarmten gleicht. Der Schuldner, den man beim Sektgelage antrifft, hat keinen Anspruch auf Nachsicht. Wir treiben einen Aufwand im öffentlichen und privaten Leben, der in schreiendem Gegensatz zu unserer wirklichen Lage steht. Und wir setzen uns damit dem berechtigten Vorwurf unserer Gegner aus, daß derjenige, der solchen Aufwand für den eigenen Bedarf treibt, sich absichtlich in die Unmöglichkeit versetzt, seine Schulden zu zahlen. Es ist zwar auch das nur ein Trugschluß. Denn das, womit wir den Aufwand betreiben, ist ja nur der Scheinwert des Papiergeldes, der bei Fortsetzung dieses Treibens immer wertloser werden muß, und mit dem wir die Schulden an das Ausland nicht bezahlen können.

Aber trotzdem müssen wir auch diesen Schein vermeiden, wenn wir unseren berechtigten Ansprüchen Gehör verschaffen wollen. Und wir müssen vor allem auf ihn verzichten, wenn wir zur inneren Gesundung unserer Wirtschaft kommen wollen.

Dafür die Wege zu finden, müßte die erste Aufgabe aller wirtschaftlich Einsichtigen, vor allem des Reichswirtschaftsrats, sein. Sie läßt sich nicht lösen durch Behandlung von Einzelfragen, so drängend sie auch sein mögen. Finanzkrise und Wirtschaftskrise sind so eng ursächlich verflochten, daß der Versuch, sie einzeln und losgelöst voneinander zu heilen, völlig hoffnungslos ist. Solange nicht unsere Währung wieder auf eine solide unveränderliche Basis gestellt ist, unveränderlich insofern, als nicht durch ungedeckte Ausgabe neuen Papiergeldes das innere Wertverhältnis der Währung sich ständig ändert, solange nicht der Staat selbst in seiner Finanzgebarung sich an die Gesetze der Wirtschaftlichkeit bindet und ein Steuersystem schafft, das einen klaren Überblick der Belastung gestattet und den Betrieben die Existenzmöglichkeit beläßt, so lange ist jeder Versuch einer Sanierung unseres Wirtschaftslebens vergeblich.

Ich habe schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß die Aufbringung des ungeheueren Staatsbedarfs nicht auf den bisherigen Wegen der direkten und indirekten Steuern allein möglich ist, weil diese eine Höhe annehmen müßten, die das Wirtschaftsleben stilllegt und unvermeidlich zur Steuerflucht führt. Aber es gibt Wege, die solche Lasten zur Not erträglich machen, ohne den Unternehmungsgeist zu unterbinden. Ich will nur ein Beispiel anführen. Durch das Reichsnotopfer sollen von den großen Vermögen bis zu 65 v. H. weggesteuert werden.

Die eingehenden Summen sollten ursprünglich zur raschen Abtragung der Reichsschulden dienen, werden aber aller Voraussicht nach durch laufende und einmalige Ausgaben, für die keine andere Deckung vorhanden ist, aufgebraucht werden. Die Betriebe aber, denen so hohe Anteile des Betriebsvermögens entzogen werden, erfahren dadurch eine solche Schwächung, daß das künftige Betriebsergebnis und damit die Steuerkraft nicht nur um den verhältnismäßigen Betrag, sondern weit darüber hinaus vermindert werden wird. Mit anderen Worten, die deutsche Volkswirtschaft wird durch das Reichsnopfer, wenn es voll erlegt würde, um 30 bis 40 Milliarden Mark geschwächt, ohne daß die eingehenden Summen vom Reich werbend angelegt werden. Der Ertrag dieser Summe wird also aus der Volkswirtschaft verschwinden. Die Sinnlosigkeit dieser Bestimmung ist durch die Zulassung einer Tilgungsrente zwar einigermaßen gemildert. Aber damit wird der Denkfehler, der in diesem ganzen Steuerplan liegt, nicht korrigiert. Denn diese Besitzsteuer ist rein fiskalisch gedacht, volkswirtschaftlich aber ein völliger Fehlgriß. Wenn das Reich zur Abtragung seiner Schulden den Zugriff auf den Besitz nicht entbehren zu können glaubt, dann müßte das in einer Form geschehen, die nicht den Ertrag der Volkswirtschaft schädigt. Das Reich konnte sich als Eigentümer des betreffenden Anteils des Betriebsvermögens erklären und in dieser Höhe am Ertrag teilnehmen. Dann war keine Einschränkung der Betriebe erforderlich und die dauernden Einnahmen des Reiches viel höher als die Zinsen der Steuersumme. Gewiß läßt sich dieses System nur für größere Betriebe durchführen und bedarf der Überwindung vieler Schwierigkeiten. Aber die dürfen nicht abhalten, einen Weg zu beschreiten, der allein hoffen läßt, ohne Lähmung der Betriebe den hohen Bedarf des Reiches dauernd aufzubringen. Es ist der Weg, der allein die Möglichkeit für eine Gemeinwirtschaft bietet, die den gesunden Gedanken des Sozialismus verwirklicht, ohne zum Niedergang zu führen.



Paula Modersohn

von Elisabeth von Orth (Kiel)



Wer ist Paula Modersohn? Paula Modersohn wurde als drittes Kind des Baurats Becker, der als Ingenieur in der Eisenbahnverwaltung tätig war, am 8. Februar 1876 in Dresden geboren. Ein reichliches Jahrzehnt später siedelte die Familie nach Bremen über, und hier blieb Paula bis zu ihrem zwanzigsten Jahr, dem ersten Wendepunkt ihres Lebens. Bis dahin mag sie sich über den Umfang ihrer Begabung und Bestimmung zur Kunst selbst nicht recht klar gewesen sein. Der gelegentliche Zeichenunterricht, den sie bis 1896 genoss, kann ihr kaum mehr als Elementarkenntnisse übermittelt haben. Aber nun schien sich plötzlich die junge Kraft zu regen und ihrer selbst bewußt zu werden. Die Eltern schickten sie nach Berlin, damit sie dort eine gründliche Ausbildung empfangen.

Die nächsten Jahre verlebte sie teils in Berlin, wo Hausmann, Störing, Dettmann und Jeanne Baud ihre Lehrer sind, teils in Worpäweide, dem „Wunder- und